

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schlech, Hoflieferant,
Dr. Gerberstr. u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Nr. 328

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie die Postämter des Deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

89. Sitzung vom 10. Mai, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung der Umsturzvorlage wird bei § 111 fortgesetzt.

Abg. Gröber (Ctr.): Es ist die Vermuthung aufgetaucht, daß die Regierungsvorlage eigentlich nur ein Vorspiel und einen Titel abgeben solle für die Einbringung eines neuen verschärften Sozialwesens. Man hat so argumentirt: Ein neues Ausnahmewesen, nachdem das Sozialwesen unter dem Votum des Reichstages zulammengesprochen ist, kann man nicht ohne Weiteres einbringen. Nachdem der Reichstag früher erklärt hat, daß man auf dem Wege des gemeinen Rechts die revolutionäre Bewegung bekämpfen könne, mußte wenigstens noch außen hin konstatirt werden, daß sei nicht möglich; ist nun dieser Versuch gescheitert, so muß das den Grund abgeben für eine Ausnahmewesensgebung. Zu dieser Vermuthung hat insbesondere Anlaß gegeben der Umstand, daß bekannt ist, wie in recht hohen und einflußreichen Kreisen seit geraumer Zeit der Wunsch nach einem Ausnahmewesen besteht und mit steigender Lebhaftigkeit und Rücksichtslosigkeit geltend gemacht wird von Seiten, denen das Scheitern dieser Vorlage, sei es in Fassung der Regierungsvorlage, oder nach den Beschlüssen der Kommission der willkommenste Vorwand wäre, um ein Ausnahmewesen mit allen Kräften zu fordern. Selbstverständlich liegt es ja nahe, daß diese hohen und einflußreichen Kreise sich bemühen, Einfluß auf die maßgebenden Stimmen zu gewinnen, und so hat sich auf der einen Seite die Hoffnung, auf der anderen Seite die Befürchtung verfestigt, daß den Kursen nach Ausnahmewesens nicht bloß Gehör, sondern auch Zustimmung zu Teil geworden sei. Für die Person des Reichskanzlers muß diese Vermuthung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Denn ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler zu einem solchen gesetzgeberischen Schenkmänner ver sich nicht hergeben kann und will, daß es ihm und den verbündeten Regierungen voller Ernst ist mit der Absicht, eine gemeinrechtliche Vorlage zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung zu machen. Ich will auch den Verdacht, als ob bei einzelnen Organen der verbündeten Regierungen eine solche unehrliche Politik verfolgt werde, zurückdrängen, denn ich darf ohne Weiteres nicht annehmen, daß ein im Amt befindlicher Staatsmann des Deutschen Reichs so gewissenlos wäre, entgegenzutreten einer Politik, die die verbündeten Regierungen und der verantwortliche Reichskanzler hier im Hause vertreten. Wenn aber angenommen werden soll, daß ein solches Entgegenarbeiten wirklich stattgefunden hätte, so hätten die zwei Minister in der gestrigen Sitzung sehr bezeichnend gehandelt. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Noch ein paar solcher Reden, und der Triumph der Sozialdemokratie ist fertig. (Zustimmung links und im Centrum; Unruhe und Widerspruch rechts.) Die Art und Weise des Herrn von Köller hätte zur Begründung eines Ausnahmewesens gepaßt. Wenn insbesondere von Herrn von Köller das Hauptgemüth auf den Tisch gelegt worden ist, daß man die Hochs auf den Anarchismus oder die internationale Sozialdemokratie am Schlus von Versammlungen nicht bestrafen könne, glaubt denn der Minister, daß man das auf Grund dieser Vorlage bestrafen kann? (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Das kann man nur bestrafen auf Grund eines Polizei- und Ausnahmewesens. Der Minister hat den Sozialdemokraten erst den breiten Boden gegeben, auf dem Abg. Bebel gestern seine Ausführungen in behaglichster und glücklichster Weise machte. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sozialdemokraten haben ein Schweineglück. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn sie sich in heiller Lage befinden, kommt ein Minister und macht ihnen das Konzept ihrer Reden. Gegen die Religion beklagen wir Ausschreitungen auf das Tiefste, aber diese Lehren werden auch vorgebracht in dichtbändigen, großartigen wissenschaftlichen Werken der königlichen Professoren und anderswo. (Burk: Tübingen.) Auch in Tübingen, und einer schlimmsten Ungläubigen und Spötter ist der bekannte Strauß, politisch auch ein Nationalliberaler (Heiterkeit), der seine schlimmsten Bruderschriften geschrieben hat und in Tausenden von Exemplaren verbreiten konnte, als die Regierung durch die Kulturmäpse die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgte. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Mit solchen Strafmitteln, auch nicht mit der Umsturzvorlage, wird das Grundbüd nicht bestätigt. Die liberalen Herren sind die Väter der Sozialdemokratie. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Dann seien Sie doch nicht so feindselig gegen diejenigen, die den Mut haben, die letzten Konsequenzen Ihrer Anschauungen zu ziehen und nicht bei dem Geldbeutel halt machen, worin Ihre Theorie am allerwenigsten Recht hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) Viel auffallender war die Art und Weise, in der Herr von Köller geglaubt hat, hier die Volksvertretung behandeln zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Den gleichen Ton befanden wir nur zu hören, wenn man auf die Auflösung des Reichstags hinarbeitete, oder wenn man nach einer gewonnenen Wahlkampf uns den Übermut des Siegers fühlen lassen wollte. Ich weiß nicht, ob Herr von Köller sich in gleicher Weise befindet. (Heiterkeit.) Die verschiedenen Nachwahlen im Laufe der beiden letzten Jahre sind nicht so ausgefallen, daß die Regierung mit freudiger Zuversicht auf die Auflösung des Reichstags hinarbeiten kann. Herr v. Köller hat gesagt, er hätte die Zustimmung des Hauses nur soweit nothwendig, als es Vorlagen zu zustimmen und Geld zu bewilligen hat; stimmen wir nicht zu, so ist das gleichgültig, wenn nicht, denn nicht! Demnach sind wir also nur eine Bewilligungssmaschine, eine Art Gesetzgebungsautomat, wo man eine Vorlage hineinwirkt, um auf der anderen Seite das fertige Gesetz herauszuholen, ohne auch nur einen Nickel hineinzuzwerfen. (Stürmische Heiterkeit.) Gegen eine solche Behandlung muß die Volksvertretung ernsthaften Protest richten (Lebhafte Beifall), und dazu bin ich um so mehr veranlaßt, als meine Partei, die größte dieses Hauses, solche Ausfälle

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Sonnabend, 11. Mai.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annons-Expeditionen

U. Moßé,

Kaasenstein & Vogler A.-G.,

G. & F. Danne & Co.,

Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseraten-theil:

W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite in der Mittagansage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagansage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenansage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

am meisten fühlt, zumal da sie durchaus unbegründet sind. Auch nach der Verfassung ist der Reichstag vollkommen in seinem Recht, wenn er erklärt: Wir sind nicht blos dazu da, um Gesetze zu machen und Geld zu bewilligen, sondern wir haben nach der Verfassung ein Recht, in gewissem Umfange bei der Verwaltung und Handhabung der Gesetze mitzuwirken. Nach der Reichsverfassung ist der Kanzler verantwortlich, und er hat uns Rede und Antwort zu stehen auf alle Fragen, die sich auf die Verwaltung beziehen. Wir machen ja auch von diesem Recht ausgleichigen Gebrauch bei der Staatsberatung, bei der Behandlung von Petitionen, bei der Einbringung von Interpellationen und Anträgen aller Art. Wir sind also nicht blos eine Bejahungs- und Bewilligungsmaschine. Viel schlimmer ist der politische Fehler, den Herr v. Köller mit seiner Rede gemacht hat. Er hat vergessen, daß die Wirkung des Reichstages tief innerlich begründet, daß sie herausgewachsen ist aus dem Bedürfnis der Gegenwart. Die Regierungen brauchen unsere Mitwirkung nicht nur für die Gesetzgebung, sondern noch vielmehr, um das Vertrauen des Volkes zu ihrer Verwaltung zu erhalten. (Sehr gut!) Wo keine Volksvertretung ist, da steht die Regierung mit ihrer Bureaucratie allein dem Volke gegenüber, und da entsteht nur allzu leicht die gewaltthätige, eigenmächtige Behandlung des Volkes durch die Bureaucratie, die nur zu sehr geneigt ist, alles in rostigem Licht zu sehen. Das alles hat der Minister vergessen, in einem Augenblick, wo man die Vertreter des Bürgerthums in der Volksvertretung auffordert, mitzuwirken im Kampf gegen revolutionäre Bestrebungen. Die Rede des Herrn von Köller war wirklich Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten, und die haben es doch wirklich nicht nötig, daß man ihnen noch Wasser zufügt; es liegen schon genug Bächlein, und die Sozialdemokratie kann jetzt unter Verfuß auf die Rede des Ministers mit Spott und Hohn auf das Bürgerthum hinwiesen, dem Herrn von Köller das Zeugnis ausstellt, es sei nur da, um Geld zu bewilligen. Wenn eine Volksvertretung ihre Ausgabe so auffaßt, so würde das allerdings den Sieg der revolutionären Elemente bedeuten. Nach einer anderen Richtung bewegte sich die Rede des Justizministers, die speziell auf das Centrum gemünzt war. Es scheint, daß ihn die Vorber nicht schlagen lassen, die der Kollege Auer mit seiner Rede geerntet hat. Er fühlte sich berufen, uns Belehrungen und Burektweisungen zu erteilen, die wir von ihm nicht erbeten haben und wofür wir ihm nicht Dank wissen. Seine Rede ging dahin: Spring über den Stock lieber heute als morgen. (Sehr gut! links und im Centrum.) Wir springen aber nicht über den Stock, sondern wollen seine Belehrungen freundlich, aber entschieden zurück. Wir wissen selbst, was wir zu thun haben, und gehen unsern eigenen Weg. Allerdings, wenn ich die Rede des Kollegen Auer mit der des Justizministers vergleiche, so muß ich sagen: Auer war schlauer. (Stürmische Heiterkeit.) Er hat uns wenigstens nicht verletzt, der Justizminister hingegen hat eine Rede gehalten, die verständlich wäre, wenn er ein Recht hätte, uns abzustrafen, die ich aber nicht begreife, wenn er darauf hinarbeiten will, die Vorlage zu Stande zu bringen. (Sehr wahr!) Er macht uns den Vorwurf, daß wir uns in prinzipiellem Widerstreit mit unserer bisherigen Haltung befinden. Ich wundere mich, wie ein Jurist von der Bedeutung des Justizministers so maßgebende Fragen durcheinanderwerfen kann. Es steht hier um zwei Fragen: Was ist fiktisch erlaubt, und was ist strafbar? Die erste beantworten wir nach dem Gottesgebot, und darüber beruft uns die Moral. Was unter Strafe gestellt werden soll, darüber entscheiden die wechselnden Anschauungen der Gesetzgebung. Wenn alle unerlaubten Handlungen bestraft werden sollten, so würde der Staat gar nicht fertig werden, und deshalb kann kein Vertreter der Staatsgewalt das Anstreben an uns stellen, daß wir alle unerlaubten Handlungen mit Strafe belegen. Darüber kann kein Zweifel sein, daß das Anpreisen einer fiktlich unerlaubten Handlung selbst fiktisch unerlaubt ist. Aber die Frage, inwieweit nun die Strafgesetze den aktiven Widerstand mit Strafe bedrohen, inwieweit das Anpreisen strafbar sein soll, ist eine Frage praktischer Abwägung der Gesetzgebungspolitik, und sowie gerade in dieser Beziehung die Anstreben sogar in Regierungskreisen gewechselt haben, ebenso gut beanspruchen wir für uns das volle unbeschränkte Recht, von unserem Standpunkt aus zu sagen, inwieweit wir ein praktisches Bedürfnis anerken, Strafbestimmungen zu schaffen und zu verstärken. Wir berücksichtigen bei der Entscheidung hierüber unsere Kenntnisse und Erfahrungen, auch die aus der Kulturmäßigkeit. Diese Erfahrungen zu vergessen, könnte uns nur jemand zumutthen, der kein Gefühl hat für die Leiden und Drangsalen, denen unser katholisches Volk damals ausgesetzt war. (Sehr richtig! im Centrum.) Herr Schönstedt mag es vielleicht als Minister nicht wissen, welche Ausschreitungen im Kulturmäßigen vorgekommen sind; aber als Mann, der doch auch die Welt erlebt hat, sollte er darüber nicht im Zweifel sein, daß unsere Exemplifizierungen leider auf Wahrheit beruhen. Der Justizminister wird doch damals nicht auf einer Insel des stillen Oceans gelebt haben (Heiterkeit) oder sich in irgend einem Altenfassel vergraben haben. Der Kulturmäßige hat allerdings die Augen des katholischen Volkes geschärft. Aber wir haben nie unsere Hilfe zurückgewiesen, sondern an allen Gesetzen sachlich und ruhig mitgearbeitet. Das thun wir auch hier, und wir können unsere ablehnende Haltung gegen die Aufnahme der §§ 113 und 114 in das Gesetz nicht blos aus dem Kulturmäßigen heraus, sondern aus allgemeinen Gründen begründen. Der Begriff „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ ist sehr dehbar. Soll es auch als Widerstand aufgelistet werden, wenn jemand dem Gerichtsvollzieher die Thür verschließt oder wenn jemand von dem Wagen, auf dem der Gerichtsvollzieher die gespannten Sachen wofft, ein Rad abbricht? Neben die Anwendung sind ja selbst die Kommentatoren nicht einig. Die Gefahr beginnt erst, wenn zum Angriff übergegangen wird, wenn mit thärlischer Gewalt vorgegangen wird. Hier ist das Vergehen unzweckhaft. Bedenklich ist insbesondere die Heranziehung des § 114, wo nicht

blos die Gewalt, sondern auch die Bedrohung bestraft wird. Das ist durch einen Redaktionstehler ins Strafgesetz gekommen. Da können Sie von uns nicht verlangen, diesen Paragraphen einfach in die Vorlage aufzunehmen, der auch Bedrohung mit einer an sich erlaubten Handlung bestraft. Deshalb schlage ich Ihnen vor, nur die Bedrohung mit thärlicher Gewalt einzuführen. Das halten wir für ausreichend. Der Minister begründet die Notwendigkeit der Einbeziehung der §§ 113 und 114, um Ausschreitungen von Massen bestrafen zu können. Diese Ausschreibung beruht auf Unkenntnis des Inhalts der §§ 113 und 114, bei denen es sich um Ausschreibung von Einzelnen handelt. Unser Antrag genügt, soweit ein praktisches Bedürfnis vorliegt. Der Reichskanzler hat der Kommission den Vorwurf gemacht, die Bestimmungen wegen Schutz der Religion und Sitte seien zu sehr ausgedehnt, dagegen die Bestimmungen wegen Schutz der Ordnung im Staate schlechtweggekommen. Ist es eine Nichtberücksichtigung der staatlichen Ordnung, wenn wir den Schutz der Monarchie einbeziehen und Bestimmungen gegen Komplot getroffen haben? Man hat die Vorlage dahin ausgenutzt, daß man sagte, sie habe das Gute gehabt, zu beweisen, daß mit Änderungen des gewöhnlichen Rechts nichts erreicht werden kann. Lebhaft haben sich die Nationalliberalen geäußert; das ist ein verschämtes Verlangen nach dem Ausnahmewesen. Die sozialdemokratischen Redner haben sich unter dem Schutz der Redefreiheit ausfälle gegen die christliche Überzeugung erlaubt, die das christliche Volk aus Tiefste verlegen müssen und die im Grunde nichts anderes als Gotteslästerungen sind. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) auf die Gefühle dieses Hauses nicht Rücksicht nehmen, nehmen Sie wenigstens auf sich selber Rücksicht und lassen Sie es nicht dahin kommen, daß im Volk draußen eine Bewegung entsteht, in der die Erkrankung über solche Verleumdung der heiligsten Gefühle des christlichen Volks zum Ausdruck kommt. Geben Sie den Feinden von Ausnahmewesens nicht die schärfsten Waffen in die Hand durch solche Ausschreibungen. Mit unserem Abänderungsantrag glauben wir das Unrechte gethan zu haben, und wir lehnen jede Verantwortung für das Scheitern der Vorlage entschieden ab. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Breisbacher Justizminister Schönstedt: Im Eingang seiner Rede hat der Abg. Gröber angedeutet, als wenn aus den von mir gesprochenen Worten zu entnehmen wäre, es bestände ein gewisser Gegensatz zwischen dem preußischen Staatsministerium und der Reichsregierung. Ich glaube, der Abg. Gröber hätte besser gehan, dem Reichskanzler zu überlassen, mich zu desavouieren. So lange ein derartiges Desavouement gekommen ist, glaube ich dem Abg. Gröber nicht die Berechtigung und - Fähigkeit zuerkennen zu können. (Lebhafte, lang anhaltende Unruhe links und im Centrum und stürmische Rufe: Oho!) darüber zu urtheilen. Es hat mir nichts ferner gelegen, als das Centrum belehren zu wollen, ebenso wenig um die Liebe des Centrums zu werben, was mir Abg. Bebel zumutet. Das erste nicht, weil ich es für aussichtslos halte, daß zweite nicht, weil es meinen Empfindungen widersprechen würde. (Große Unruhe im Centrum, Burzuf: Noch nicht dagewesen!) Ich habe mich für berechtigt gehalten, es auszusprechen, daß möglichst rasch eine Entscheidung fallen möge über das, was der Reichstag zu bevestigen gedacht, und weil die Entscheidung in den Händen des Centrums liegt. So habe ich mich an das Centrum gewendet. Abg. Bebel wird jedenfalls wieder sagen, das, was ich eben gesagt habe, sei ebenlos wenig diplomatisch gewesen wie das, was ich gestern ausgeführt habe. (Sehr richtig! links.) Das gebe ich ihm zu, aber ich halte mich nicht für berufen, diplomatische Winkelzüge zu machen. (Sehr gut! rechts.) Was die Belehrung angeht, so ist der Ton meiner Rede nicht doziend gewesen. Im Ubrigen können wir wechselseitig von einander lernen. Ich erkläre mich der Belehrung nicht unzügänglich, und wenn wir mit einander Meinungen austauschen und Ausführungen machen, von denen wir glauben, daß sie auf den Anderen Eindruck machen, so kann man das nicht ins Gebiet der beabsichtigten Schulmeisterei rechnen. Der Abg. Gröber hat mir historische Unwissenheit vorgeworfen, ich rüste auf irgendeiner entlegenen Insel mich aufgeholt zu haben. Ich habe nur gesagt, es sei mir unbekannt, ob Ausschreibungen seitens der Centrumspartei während des Kulturmäßigen mit thärlichem Widerstand gegen Behörden vorgekommen seien. Deshalb hielte ich die Gefahr, von der in der Kommission gesprochen ist, für begründet. Die bisherigen Verhandlungen über das Gesetz haben einen Gang genommen, daß, wenn die Kommissionsbeschluß die Zustimmung dieses Hauses finden, der Regierung befehlen werden, die sie gefordert hat, daß man ihr dagegen Waffen in die Hand drücken will, von denen sie keinen Gebrauch machen kann. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sigl (b. f. Fr.): Ich werde sowohl die Regierung wie die Kommission vorlage ablehnen. v. Savigny hat seiner Zeit die Fähigkeit abgeprochen, Gesetze zu machen. Das gilt jetzt noch viel mehr. Die Vorlage sollte sich richten gegen die Sozialdemokratie, noch mehr aber gegen den Bauernbund, der dem Centrum gefährlich ist. (Gelächter im Centrum.) Meine Behauptung, daß ein Richter in München für einen Sozialdemokraten gestimmt hat, ist zwar als Unwahrheit bezeichnet worden, sie ist aber doch wahr. (Heiterkeit.) Präsident Fr. v. Buol mahnt den Redner zur Sache. Mit diesem Gesetz werden Sie nichts ausrichten. Solange es Sozialdemokratie gibt, die, wie es in Bayern geschah, noch Sonntags in die Kirche gehen, sehe ich in dem Bestehen der Partei keine so große Gefahr für die Gesellschaft. Und wenn es Sozialdemokratie gibt, die keine Religion haben, nun, ist es in anderen Parteien besser? Den Ehebruch werden Sie durch das Unzertreitbare nicht aus der Welt schaffen. (Heiterkeit.) Es ist kein Sozialdemokrat, sondern ein Liberaler gewesen, der sagte: „Wir wollen waten in Fürstentum bis an die Knödel!“ Wir dürfen nach dem Umsturzgesetz weder Andreas Hofer noch die Helden der Sendlinger Schlacht seltern. Einer Regierung, die so schneidig ist wie die preußische, dürfen wir keine neuen Waffen in

die Hand geben. Die Vorlage wird doch nicht angenommen werden. Wozu streiten wir uns da noch lange herum? (Helterkeit.) Der Militärparagraph kann noch viel weniger angenommen werden als § 111, denn dann stützen wir den Militärschutz, und man kann aus ganz Deutschland ein Buchthaus machen. Der Kriegsminister sage mit Recht, er überlässe die Säuberung der Straßen der Polizei und der Feuerwehr. Es wird nie so schlimm werden im Lande, daß man nicht mit der Feuerwehr auskommen wird. (Helterkeit.) Hätte man in Fuchsmühl anstatt zum Gewehre zur Feuerwehr geöffnet, dann wäre es besser und die Sozialdemokraten hätten tausende Stimmen weniger bekommen. Keine Partei will von diesem Wechselspiel etwas wissen. Würde die Regierung dieses Gesetz zurücknehmen, so würde man sie im Volke preisen. So wie Herr v. Körner würde in Bayern ein Minister nie zur Volksvertretung zu reden wagen. Ein Student kann sagen: Ein Bursch wie ich, was macht sich der daraus! (Helterkeit.) Ein Polizeidienstler ältester Ordnung würde den Arrestanten gegenüber diesen Standpunkt einnehmen: Mir ist es egal, ob du willst oder nicht, ich nehme dich mit. Ein Minister in Bayern würde es nicht thun. Ich bin auch überzeugt, daß der Minister von Körner nicht im Namen der Regierung gesprochen hat, an deren Spitze ein so guter Diplomat, ein Mann von seinem Schliff, wie er der Reichskanzler ist, steht. Der Reichstag kann sich solche Beleidigung nicht gefallen lassen. (Präsident Frhr. v. Bülow erklärt, daß wenn in den Ausführungen des Ministers eine Beleidigung des Reichstags gelegen hätte, er dagegen eingeschritten wäre.) Mögen andere sich nicht beleidigt fühlen, ich bin es. (Große Helterkeit.) Von Bismarck konnten wir eine solche Auskunft hinnnehmen, von Herrn v. Körner nicht. (Helterkeit.) Redner verläßt die Tribüne auf der am Bundesratssitz gelegenen Treppe, in deren Nähe Herr v. Körner sitzt. Beim Vorbeigehen des Dr. Sigl klatscht Minister v. Körner in die Hände. (Große Helterkeit.)

Damit schließt die Diskussion über den prinzipiellen Theil des § 111 (Aufforderung zu Verbrechen und Anreizung zu gewissen Vergehen durch Anreihen und Rechtfertigen) und das Haus geht nunmehr zur Beratung des speziellen Theils des § 111 über, welcher die einzelnen Vergehen enthält, deren Anreihung bestraft werden soll.

Über die Paragraphen des Strafgesetzbuches 115, 124, 125, 210, 242, 305, 307 und 321 (Aufruhr durch öffentliche Zusammenrottung, öffentliche Zusammenrottung unter Begehung von Gewaltthärtigkeiten; Röthigung durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Verbrechen und Verbrechen; Diebstahl; Verstörung von Häusern, Dämmen, Wasserbauten, Bahnen- und Telegraphenanslagen u. s. w.) findet keine Debatte statt.

Aldann wird über den Antrag v. Lebeck (dt.) u. Gen. deduktiv, die §§ 113 und 114 (Widerstand gegen die Staatsgewalt; Röthigung eines Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung) wieder einzufügen, dagegen die §§ 166 und 167 (Vergehen gegen die Religion) zu streichen.

Ein Antrag Gröber will bekanntlich den § 113 nur einführen, soweit er den thätzlichen Widerstand gegen einen Richter betrifft.

Abg. Dr. Ennecerus (nl) befürwortet den Antrag Lebeck, da durchaus Bestimmungen notwendig seien, um die Aufreitung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt oder zur Röthigung der Beamten zu bestrafen. Man denke nicht daran, zu Gunsten von Bischöfen und Kanzelrednern auf diese Paragraphen zu verzichten. Die §§ 166 und 167 dürften nicht eingefügt werden. In den Reformationschriften lämen auch Stellen vor, die unter diese Paragraphen fallen würden.

Abg. Dr. v. Wolszlegier (Pole) erklärt, wenn §§ 113 und 114 in das Gesetz aufgenommen werden, würden die Polen im Widerbruch gegen die Vorlage bestärkt. Schon jetzt könne man vom Polizeistatut Preußen sprechen. Das werde dann erst recht der Fall. Man müsse das Recht behalten, Übergriffe der Polizei öffentlich zu besprechen. Der Publizist könne die Bestimmung schon umgehen, um so leichter werde der einfache Mann, wenn er unliebsame Vorwürfe befreie, dem Gesetz verfallen. Wenn man an eine Wiederaufnahme des Kulturmäßiges nicht denke, sei es unbegreiflich, warum man den Kanzelparagraphen noch aufrecht halte. In den östlichen Provinzen sei die Armuth auf dem Lande sehr groß. Die Schulverhältnisse seien so schlecht, daß ein Lehrer 110–120 Kinder unterrichten müsse. Die Kinder müßten mitten in die Schule gehen, häufig mit einer handvoll gekochten Kartoffeln und Ersben in der Tasche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn da die armen Leute ihre Kinder zu Hause behielten, damit sie bei der Arbeit helfen, sei es kein Wunder. Dann kommen die Kinder in die Schulversammlungen, und wenn ein Vater dann sich gegen den Polizeidienstler vergeht, der die Schulstrafen einzieht, so sei das ein Vergehen, aber entschuldbar. Dieses als entschuldbare Darstellen sollte künftig unter das Gesetz. Die Polen würden gegen Einbeziehung der Paragraphen 113 und 114 stimmen, event. für den Antrag Barth, nach dem Bestrafung nur eintreten soll, wenn die Absicht zur Anreizung vorliegt.

Abg. v. Salisch (dt.) führt aus, daß gerade das Beispiel des Vorredners zur Annahme des Antrags Lebeck veranlassen müsse. Die kleinen Leute dürfen nicht zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verleitet werden. Der Antrag Gröber hätte zu wenig.

Abg. Spahn (Cir.): Die Ablehnung der §§ 113/114 ist nicht mit Rückstai auf die Erfahrungen im Kulturmäßigen erfolgt, sondern aus allgemeinen Erwägungen heraus. Kein juristische Beweggründe waren für unsere Haltung maßgebend. Nichts liegt uns ferner, als die Schriften Luthers zu verbieten, wie Herr Ennecerus meint.

Die Diskussion über die Anträge v. Lebeck und Gröber ist damit geschlossen, worauf sich die Debatte dem Antrag Dr. Barth (Einführung der Duellparagraphen) zuwendet.

Abg. Dr. Barth (Frl. Bgg.): Meinen Antrag habe ich bereits in der Kommission gestellt, wo das Centrum bei der ersten Lesung von der Richtigkeit so überzeugt war, daß es dafür stimmte. Aber in der zweiten Lesung fiel er in Folge eines Kompromisses der Konseriativen mit dem Centrum. Nun ist aber das Kompromiß in die Brüche gegangen, und das Centrum hat daher keine Veranlassung mehr, gegen meinen Antrag zu stimmen. Es gibt kein Vergehen, das mit solchem Bewußtsein der Verleugnung des Strafgesetzes begangen wird wie das Duell, und die Aufforderung dazu oder die Anreihung muß deshalb eher bestraft werden, als sich gerade die höheren Klassen, die doch den unteren ein gutes Beispiel geben sollen, dieses Vergehen schuldig machen. Wenn man das Duell als notwendiges Übel hinstellt, so liegt in dieser Beschränkung geradezu eine Anreizung zur Gelehrtenübertretung. (Beispiel links.)

Abg. Spahn (Cir.): Die Bemerkungen des Vorredners über die Haltung meiner Partei in der Kommission entsprechen nicht der Wahrheit. Wir hielten auch die Aufforderung zum Duell für strafbar, wir haben uns aber überzeugt, daß das nicht in § 111 gehöre, sondern in § 210, und nur um in der ersten Lesung überhaupt etwas zu erreichen, haben wir für die Einführung des Duellparagraphen in § 111 gestimmt. In zweiter Lesung ist der Antrag abgelehnt worden, weil gerade die Partei des Abg. Barth unsere Fassung befürwortete, und weil gegen die Aufnahme des Paragraphen in § 111 erhebliche juristische Bedenken obwalten. Diesen Standpunkt nehmen wir auch heute noch ein.

Abg. v. Salisch: Ich bin kein Freund des Duells, ist stelle es auf eine Tasse mit der Scheicheldung. (Gelächter.) Die Schlägermensuren, die doch ungefährlich sind, werden in Kommersbüchern

gelesen, und die Bestrafung ihrer Anreihung würde das Körperschaden verbannen. Das wollen wir nicht.

Abg. Bebel (Soz.): Wer Religion, Sitte und Ordnung schützen will, muß auch für den Antrag Barth stimmen. Durch die Konseriativen ließ sich das Centrum in der Kommission verleiten, anstatt Gefängnisstrafe auch Geldstrafe zuzulassen. Deswegen stimmen wir dagegen. Wo wird die Religion schärfer verlebt als durch das Duell? (Widerspruch rechts.) Gewisse Kreise der Gesellschaft, die Edelsten der Nation, verstoßen systematisch und mit Bewußtsein gegen das Gesetz, sie verstören also gegen die Ordnung. Und daß das Duell auch der Sitte widerspricht, wird jeder zugeben. Wenn es wirklich wahr ist, daß Sie unter einem gesellschaftlichen Vorurtheil gegen Ihre Überzeugung zum Duell gezwungen werden, so sollten Sie jedem dankbar sein, der Sie von diesem Zwange befreit. Gerade seit Einbringung der Umsturzvorlage haben sich die Duelle in einer Weise gehäuft, wie ich mich dessen sonst nicht erinnere. In den letzten Monaten haben sogar eine Reihe Kollegen aus dem Hause sich, obwohl sie doch dazu berufen sind, neue Gesetze zu machen und die bestehenden Gesetze zu respektieren, theils aktiv, theils passiv an den Duellen beteiligt. Herr von Stumm befindet sich sogar im Gustande der Rückfälligkeit, und einige seiner Parteifreunde sind als Sekundanten thätig gewesen. Das erste Mal richtete sich die Forderung gegen Dr. Max Hirsch, das zweite Mal gegen Dr. Hahn, dann gegen Lieberman von Sonnenberg, ferner gegen den Chefredakteur der "Kreuzzeitung". Allein 1893/94 sind 68 Fälle von den Gerichten abgeurtheilt worden. Ein Offizier, der ein Duell nicht annimmt, wird gezwungen, seinen Abschied zu nehmen. In den sechziger Jahren mußten die drei Grafen Schmettau aus der Armee ausscheiden, weil sie als Katholiken das Duell verwarfen. Vor einigen Jahren schob ein Offizier im Duell einen andern nieder, dessen Frau er verführt hatte, worauf er mit der Frau ins Ausland ging und sich mit ihr vermählte. Der schlimmste derartige Fall ist ja der von Körner, und er hat deswegen befürwortet, daß gegen die Stimmen der Deutsch-Konservativen, der Reichspartei und des größeren Theils der Nationalliberalen abgelehnt wird.

Der Antrag Barth, betr. die Fassung des § 111 (Absicht zur Anreihung bei der Anreihung) wird gegen die Stimmen der Polen und Antisemiten abgelehnt, ebenso der Antrag Lebeck, betr. die Fassung des § 111 (Anreihung in einer Weise, die zur Anreihung geeignet ist) gegen die Stimmen der Deutsch-Konservativen und eines Theils der Nationalliberalen und des Abg. Krupp (Rpt.).

Der Antrag Lebeck auf Einführung der §§ 113 und 114 des Strafgesetzbuchs in § 111 der Vorlage wird gegen die Stimmen der Deutsch-Konservativen, der Reichspartei und des größeren Theils der Nationalliberalen abgelehnt.

Der Antrag Gröber, nur die Anreihung zum thätzlichen Angriff auf Beamte in § 111 aufzunehmen, wird gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und einiger weniger Konservativen abgelehnt.

Die Einführung der §§ 166, 167 (Schutz der Religion) in § 111 wird gegen die Stimmen des Centrums und nur weniger Konservativer, darunter v. Massow, Graf Noor, Fabiuskötter abgelehnt.

Die Frage, ob die Bestrafung der Anreihung zum Ehebruch aufrecht erhalten werden soll, wird gegen die Stimmen des Centrums und weniger Konservativer, darunter außer den Vorbergenannten Abg. Schall, verneint.

Der Antrag Barth auf Einführung der Duellparagraphen wird gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien, Südd. Volkspartei, der Sozialdemokraten, einiger Antisemiten und des konservativen Abgeordneten Hüpeden abgelehnt.

§ 111 in der Kommissionsfassung wird gegen die Stimmen des Centrums und des konservativen Abg. v. Massow abgelehnt, desgleichen die Fassung der Regelungsvorlage, die in einen § 111 (öffentliche Aufforderung zum Verbrechen) und in einen § 111a (Anreihung von Verbrechen) zerfällt, gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien.

Damit ist § 111 in jeder Gestalt beseitigt.

Darauf verläßt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend 1 Uhr. Schluß 5% Uhr.

Deutschland.

Berlin, 10. Mai. [Aus dem Reichstage.] Die erste entscheidende Abstimmung zur Umsturzvorlage hat stattgefunden und, wie es von Beginn an feststand, mit der Ablehnung aller Anträge geendet. Der Reihe nach fielen sämtliche Anträge mit wechselnden Mehrheiten, von denen keine einzige erheblich war. Für den Duell-Antrag Barth stimmten nur die Freisinnigen, Sozialdemokraten und Antisemiten nebst einigen Centrumsläuten. Für den konservativen Antrag, betreffend den Widerstand gegen Staatsbeamte, stimmten nur die Konservativen und etwa ein Viertel der Nationalliberalen, darunter auch Herr v. Bemmelen. Für den Vermittelungsantrag Gröber zu diesem Antrage erhob sich einzlig das Centrum. Ebenso war das Centrum die einzige Partei, die für den § 111 in der Kommissionsfassung stimmte. Es blieb nur noch übrig, nach Ablehnung der Kommissionsfassung über die entworfene Bestandtheile der ursprünglichen Regelungsvorlage abzustimmen, die §§ 111 und 111a. Hier ergab sich das Hinterste, daß Keiner sie erhob. Einige Konservative auf den letzten Bänken, wo die Fühlung mit den Parteigenossen schon etwas locker wird, machten den schüchternen Versuch, aufzutreten, setzten sich aber schleunigst wieder, als sie sahen, daß sie allein blieben. In das anhaltende Gelächter, womit dieser letzte Akt der heutigen komplizierten Abstimmungen aufgenommen wurde, stimmte auch Herr v. Körner mit süßsaurer Gesinnungheit ein, während der Reichskanzler schon vorher den Saal verlassen hatte. Herr von Körner hat während der Sitzung auch sonst verschiedentlich eine etwas aufgeregte Lustigkeit gezeigt. Dieser Herr Minister mag meinen, daß er die gegen ihn geschleuderten Pfeile am besten abwehrt, wenn er so thut, als träfen sie ihn nicht. Unso schlimmer aber, wenn sie ihn nicht getroffen haben sollten. Gelöblos wie die gestrige Rede des Herrn v. Körner war die Prozedur, mit der im Reichstage die erforderliche Abwehr vorgenommen wurde, und es fügt sich garnicht schlecht, daß es gerade ein Centrumsmann, Herr Gröber, und dann der bayrische Bauernbündler Herr Sigl sein mußten, die den Minister über seine Pflichten und die sonderbare Art ihrer Wahrnehmung belehnten. Dasselbe Centrum, mit dem Herr v. Körner als Umsturzminister das Geschäft machen wollte, hat ihm die verdiente Antwort gegeben, und einigermaßen bitter ist es, daß ein Sigl es war, der eine garnicht so üble Auseinandersetzung über gute und schlechte politische Umgangsformen gab. Nicht bloß die Väter haben diese beiden Redner aus ihrer Seite gehabt sondern auch diejenigen, die solche Dinge gebührend machen nicht anders als ernst nehmen und behandeln können. Herr v. Körner wird es ja nicht wieder thun. Solche hochmuthige Worte, wie er sie gestern in unglaublicher Verlennung seiner und des Reichstags Stellung von sich gab, erlaubt man sich nur einmal, es sei denn, daß man von anderem staatsmännischen Wuchs als eben Herr von Körner ist. Was ihm zu erwähnen war, ist ihm nunmehr ausreichend erwähnt worden. Dem Centrum ist es offenbar wohl dabei, durch die — Geschicklichkeit des Herrn v. Körner eine gute taktische Gelegenheit zum Abschwenken und zur Betonung einer Geschlossenheit und Stetigkeit gefunden zu haben, die in Wirklichkeit garnicht vorhanden ist. Der Vorstoß des Herrn Gröber gegen Herrn v. Körner ist, was ihm zu erwähnen war, ist ihm nunmehr ausreichend erwähnt worden. Dem Centrum ist es offenbar wohl dabei, durch die — Geschicklichkeit des Herrn v. Körner eine gute taktische Gelegenheit zum Abschwenken und zur Betonung einer Geschlossenheit und Stetigkeit gefunden zu haben, die in Wirklichkeit garnicht vorhanden ist. Der Vorstoß des Herrn Gröber gegen Herrn v. Körner, noch mehr aber gegen den Justizminister Schönstedt, ist im Grunde doch nur die Maskierung seiner Widersprüche, an denen die Partei leidet und die sie jetzt, beim Scheitern der Umsturzvorlage, nicht auf offenen Markte aufzudecken braucht. Die Rede des Justizministers auf die Herausforderung des Abg. Gröber war selbstverständlich von anderer qualitativer Beschaffenheit als die gestrige Körner'sche Leistung. Man darf diese beiden Kollegen in nichts vergleichen. Aber auch Herr Schönstedt wird hinterher bedauert haben, daß dem Geiste seiner Bähne Dinge entschlüpft sind, die man nicht einmal im Zorn aussprechen soll, wenn man die Verantwortlichkeit eines Ministers trägt. Allzu deutlich sprach aus der Schönstedtschen Heftigkeit der Unmuth darüber, daß das Werben um das Centrum vergeblich geblieben. Zwar verscherte der Justizminister, es sei ihm nicht eingefallen, das Centrum zu belehren oder zu umwerben, jenes wäre ausichtslos gewesen, dieses liege nicht in der Richtung seiner Wünsche. Aber dergleichen läßt sich leicht sagen, wenn man einen Miserfolg davongetragen hat, und ohne diesen Miserfolg brauchte der Minister nicht so robust in seiner Ausdrucksweise zu sein, daß er dem Abg. Gröber nicht bloß die Berechtigung, sondern auch die Fähigung zur Beurteilung der vermeintlichen Differenzen in der Regierung absprach. An Provokationen bald dieser, bald jener

Kriegsminister Bronhart von Schellendorff: Ich weiß nicht, ob Sie geneigt sind, sich in eine Duelldebatte einzulassen. (Unruhe. Ruf rechts: nein! Ruf links: ja!) Ich wäre dazu bereit. Ich verzichte aber mit ganz besonderem Vergnügen darauf, mich mit dem Abg. Bebel zu beschäftigen, schon um deswillen, weil ich überzeugt bin, daß er mich nicht verstehen würde, wenn ich ihm die Auffassungen, die in dieser Beziehung in der Armee im Offizierkorps herrschen, auszelnanderseze. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) In der Armee besteht der Grundatz, Ehrenhändel, wenn es irgend möglich ist, auf friedlichem Wege zu begleichen. Ist es nicht möglich, dass liegen tragische Konflikte vor, für die Sie (zuden Sozialdemokraten) die Mittel zur Lösung auch nicht finden. Ein solcher tragischer Konflikt lag vor in dem Fall des Hauptmanns, von dem der Abg. Bebel erzählte. Ich muß gegen seine Darstellung protestieren, als wäre dieser Offizier mit besonderer Vorliebe in der Armee behalten; er ist verabschiedet. Die Armee vertritt die Auffassung, daß der Offizier seine Mission am besten erfüllt, wenn er sich tödten läßt für das Vaterland, für seinen König und für die Vertheidigung der Ehre seiner Bähne. Die Armee steht aber außerhalb auf dem Standpunkt, daß sie für sich in Anspruch nimmt, dem Offizier, der, wenn es Notthaut, bereit ist, auch für seine eigene Ehre sein Leben aufs Spiel zu setzen, militärende Umstände zu bewilligen. (Beispiel rechts.)

Abg. Gröber (Cir.) verteidigt die Haltung des Centrums in der Kommission. Wir werden zu § 210 einen besonderen Antrag einbringen zur Bestrafung der Aufforderung zum Duell. Gerade meine Partei ist in erster Reihe gegen den Duellunzug eingetreten. Bei einer anderen Handhabung des geltenden Gesetzes, wenn Staatsanwalt und Universitätsbehörden ihre Pflicht erfüllten, kann man dem Duellunzug, namlich der Studenten, sehr gut steuern. (Beispiel im Centrum.)

Abg. Dr. Barth hält seine Behauptung über die Haltung des Centrums in der Kommission aufrecht.

Abg. v. Kardorff (Rpt.): Nicht immer langweile ich mich bei den Reden des Abg. Bebel, sondern nur dann, wenn er alte, längst bekannte Dinge mit einer solchen Selbstgefälligkeit vorbringt, als ob sie neu wären. Die studentischen Masuren sind keine Duelle, sondern ritterliche Waffenübungen, wie sie den Germanen eigen sind. (Beispiel rechts.)

Abg. Spahn (Cir.) erwähnt, daß Schlägermensuren vom Reichsgericht als Duelle mit tödlichen Waffen erklärt worden seien.

Abg. Bebel (Soz.): Ich erinnere den Abg. von Kardorff daran, daß auch er immer das alte bekannte Thema von der

